

Rassenpolarisierung als Vorwand für Massenverhaftungen in Malaysia

Premierminister Mahathir kämpft ums Überleben

106 Menschen aus allen ethnischen und gesellschaftlichen Bereichen wurden in der Zeit vom 27.10. bis 20.11.1987 in Malaysia nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit - ISA - ohne Anklage und weiteres Gerichtsverfahren inhaftiert, 3 Zeitungen am 28.10.87 die Druckgenehmigung entzogen und ein allgemeines Versammlungsverbot ausgesprochen. Es war eines der größten Massenverhaftungen seit dem Abzug der britischen Kolonialherren und dem Bestehen Malaysias.

Unter den Verhafteten sind eine große Anzahl von "Persönlichkeiten" des öffentlichen Lebens, die führende Positionen in verschiedenen Parteien, Interessengruppen, Gewerkschaften, Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen haben und z.T. Mitglieder des Bundes- bzw. eines der Staatenparlamente sind [vgl. Übersicht in Dokumentation]. Am 28.11.1987 wurden der englischsprachigen Tageszeitung "The Star", der chinesischsprachigen Tageszeitung "Sin Chew Jit Poh" und der 14-tägig erscheinenden malaiischsprachigen "Wantan" die jährlich zu erneuernde Druckgenehmigung entzogen, denn ihre Aktivitäten seien "schädlich für die öffentliche Ordnung und die nationale Sicherheit". Das allgemeine Versammlungsverbot richtete sich gegen die geplante Massenkundgebung der malaiischen Regierungspartei UMNO am 1. Nov. 1987 anlässlich ihres 41 jährigen Bestehens.

BALD VERHÄLTNISSIE WIE IN SRI LANKA ?



THE Star
the people's paper

* * No. 6748 Wednesday, October 28, 1987 PP 15/1/87 50 CENTS
Sabah 75 cents/Sarawak 60 cents

ORCHARD RD

The crossroads of Asia only S\$50++

Come to Singapore and enjoy half the world and more. Stay at Hotel Asia and enjoy all the comforts for only S\$50++ per night. We're on the quiet side of Scotts Road, yet only 5 minutes away from the world famous Orchard Road. Stay with us, and have the best of both worlds.

For "Malaysian" passport holders only. Members of Golden Link Hotels. Golden Link Card members will be given additional discount.

** Subject to 10% service charge & 3% taxes.

HOTEL ASIA Many happy returns
37 Scotts Road, Singapore 0922.
Tel: 737 8388 Telex: RS 24313 HOTASIA

Warum diese Massenverhaftungen ?

Kommentatoren und Beobachter in Europa wie in Ost-Asien rätseln, warum die Regierung des 15,8 Mio. multirassischen Staatsvolkes zu solch drastischen Maßnahmen greift, die das weltweit verbreitete demokratische Image dieses Landes erheblich in Frage stellen. Ihr Premierminister Dr. Mahathir bin Mohamad, der gleichzeitig Innenminister ist, hatte sich doch gerade Anfang der 80er Jahre durch eine gewisse "Liberalität" gegenüber seinen Vorgängern ausgezeichnet. Seine Regierung reduzierte die Anzahl der politischen Gefangenen von ca. 500 auf ca. 20, die ebenfalls seinerzeit nach dem ISA bis zu 12 Jahren ohne Anklage und ordentliches Gerichtsverfahren in eigens dafür eingerichteten "Internierungslagern" festgehalten wurden.

Begründet wurden diese Maßnahmen von der Polizei mit der Befürchtung des Ausbruchs gewalttätiger Rassenunruhen. 2 chinesischorientierte Parteien MCA und Gerakan innerhalb der Regierungskoalition hatten öffentlich gemeinsam mit der ebenfalls chinesischorientierten Oppositionspartei DAP gegen die Beförderung von über 100 Lehrern zu stellvertretenden Schulleitern an chinesischen Schulen protestiert. Die Lehrer hätten keine vollständige, chinesischsprachige Ausbildung erhalten und dürften deshalb auch keine leitenden Funktionen an chinesischen Schulen bekleiden. Dieser Vorfall, sowie eine angekündigte Großkundgebung der malaiischen Partei UMNO am 1.11., zu der 500 000 Menschen erwartet wurden, waren zum Anlaß der Maßnahmen genommen wor-

DETAINED

19 picked up in swoop Reports on Pages 2 & 3

 Mr Lim Kit Siang ... DAP secretary-general	 Dr Chandra Muzaffar ... Alliran president	 Mr Lim Fong Seng ... Chinese educationist	 Mr Chan Kit Chee ... MCA vice-president	 Mr Karpal Singh ... MP for Jelutong
 Mr Leow Teong Beng ... Chinese educationist	 Mr P. Pato ... MP for Ipoh	 Mr Kerk Kim Hock ... Durian Daun Assemblyman	 Miss Chee Heng Leng ... UPM lecturer	 Mr Lim Guan Eng ... Kota Melaka MP
 Mr V. David ... MP for Puchong	 Mr Lee Chan Fai ... former Assemblyman	 Miss Meenakshi Raman ... CAP legal adviser	 Mr Hu Seng ... MP for Rasah	 Mr Tan Ka Kheng ... EPDM vice-president
				 Miss Lim Chin Chin ... Alliran women's leader
				 Mr Lim Pit Foo ... managing editor of Housing and Property magazine
				 Mr James Lai ... pastor of First Baptist Church, PJ

den. In einer Rede vor dem Bundesparlament am 28.10. sowie in mehreren Interviews gegenüber der internationalen Presse [vgl. auszugsweisen Abdruck in der Rubrik Dokumentation] rechtfertigte Mahathir die "Vorbeugehaft", indem er das Gespenst der gewalttätigen Rassenunruhen vom Mai 1969 heraufbeschwor. Damals wurden bei Rassenunruhen zwischen Malayen und Chinesen mindestens 200 Menschen umgebracht und ebenso viele verletzt. Dies erinnert an Verhältnisse wie in Sri Lanka in den letzten Jahren.

Rassenpolarisierung - Erbschaft der britischen Kolonialherrschaft

Es ist nicht zu leugnen, daß seit Anfang der 80er Jahre sich das Verhältnis zwischen den islamischen Malayen (etwas über 50% der Bevölkerung) einerseits und den Nicht-Malayen überwiegend chinesischer (33%) und indischer (10%) Herkunft andererseits erheblich polarisiert hat. Früher waren die sozialen Klassen eindeutig rassistisch zugeordnet. Die Malayen waren in der großen Mehrheit Kleinbauern und lebten auf dem Land, während ein kleiner Teil in der von den britischen Kolonialherren aufgebauten öffentlichen Verwaltung arbeitete. Die Chinesen und Inder bildeten die große Mehrheit der städtischen Bevölkerung, Lohnarbeiter, Kleinhändler und Unternehmer. Diese Struktur war von den Briten durch eine gezielte Einwanderungspolitik nach dem Prinzip "herrsche und teile" während 150jähriger Kolonialzeit geschaffen worden. Sie hat seit der Unabhängigkeit des Landes vor 30 Jahren immer wieder zu latenten Spannungen zwischen den Rassen geführt. Politik in Malaysia hat somit immer eine rassistische Komponente und die Parteien haben ihre Anhängerschaft immer nur in einer Rasse, als deren bester Interessenvertreter sie sich zu profilieren versuchen. Die Regierungskoalition "Nationale Front" besteht aus 13 Parteien, die jeweils die Interessen der verschiedenen ethnischen Gruppen vertreten sollten. Darunter ist die Partei der Malayen UMNO - zur Zeit unter der Führung von Mahathir - schon immer der stärkste und tonangebende Koalitionspartner gewesen.

Neue Wirtschaftspolitik - Ein Weg zum Rassenausgleich?

Die Einführung der "Neuen Wirtschaftspolitik" 1970 trug entscheidend zur Rassenpolarisierung bei. Nach den Rassenunruhen vom Mai 1969 sollte durch sie den bis dahin überwiegend kleinbäuerlichen Malayen bis 1990 30% des produktiven Kapitals übertragen werden. Damals waren es vor allem chinesischstämmige Malaysier, die über

einen nennenswerten Anteil des produktiven Kapital verfügten. Die Mehrheit war allerdings in ausländischer - vor allem britischer - Hand. Die Nicht-Malayen, vor allem Chinesen, akzeptierten diese Politik nur widerwillig. Schließlich hatten die malaiischen Parteien im Bundesparlament entsprechend ihres Bevölkerungsanteils die Mehrheit.

Wirtschaftswachstumsraten von durchschnittlich 7% im Jahr von Mitte der 70er bis Anfang der 80er Jahre machten eine Umverteilung möglich, von der aber vor allem eine sich herausbildende malaiische, städtische Mittelklasse profitierte, die über Regierungs- und Verwaltungsposten den größten Anteil für sich sichern konnte. Die große Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung profitierte kaum von dem malaysischen "Wirtschaftswunder", viele Bauern leben von einem Einkommen unterhalb der offiziell festgelegten Armutsgrenze. Ebenso traf diese Politik weniger die wohlhabenden chinesischen Geschäftsleute, sondern die einfachen Arbeiter und Angestellten. Sie wurden zunehmend aufgrund von Quotenregelungen bei der Besetzung von Arbeitsplätzen insbesondere aus öffentlichen Institutionen verdrängt oder gar nicht erst reingelassen. Diese Quotenregelung schreibt Privatfirmen wie öffentlichen Institutionen vor, einen bestimmten Anteil von Malayen in den verschiedenen Gehaltsstufen zu beschäftigen. Mit Einsetzen der Rezession 1985/86, einem Sinken der Wirtschaftswachstumsraten auf nur noch 1% im letzten Jahr und den Weltmarktpreisen aller wesentlichen Exportgüter Malaysias wie Kautschuk, Palmöl, Zinn, Erdöl, Holz usw., war die Masse zum Verteilen erheblich geschrumpft. Selbst Teile der herangewachsenen malaiischen Mittelklasse sahen sich verprellt. Die Mehrzahl der rassistisch ausgerichteten politischen Parteien versuchte mehr oder minder offen, die jeweils anderen Rassen mit ihren Parteien dafür verantwortlich zu machen.

Die Unzufriedenheit eines Teils der malaiischen Bevölkerung hat zur Zuflucht im Islam und Radikalisierung der islamischen Partei PAS geführt. Sie war früher Mitglied der Regierungskoalition und versteht sich heute als Hüter des wahren, fundamentalistisch orientierten Islam. Sie kritisiert die malaiische Regierungspartei UMNO als verwestlicht und fordert einen islamischen Staat. Um einer solchen Kritik begegnen zu können, versucht sich nun seit einigen Jahren auch die UMNO verstärkt als Bewahrer des Islams zu profilieren.

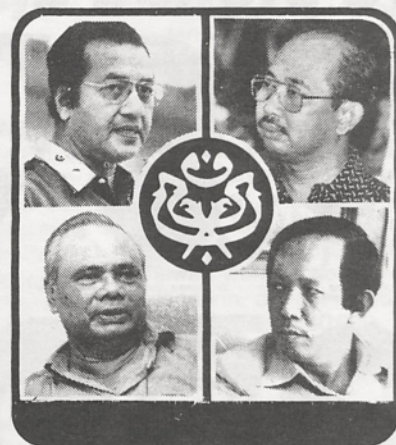
Außerdem versucht UMNO die Parteikasse durch lukrative Aufträge an die zu 50% in ihrem Besitz befindliche Firma United Engineers Malaysia (UEM)

aufzustocken. Der Auftrag des Baus einer 500 km Nord-Süd Autobahn zum Preis von 3,45 Mrd. M\$ sollte dieser Firma zugeschanzt werden. Nach Fertigstellung ist die Privatisierung der Autobahn vorgesehen und UEM übernimmt sie mit dem vertraglich zugesicherten Recht, Straßenbenutzungsgebühren zu erheben. Im vorgesehenen Vertragszeitraum würde dies 62 Mrd. M\$ an Einnahmen bedeuten. Der am 27.11. inhaftierte Oppositionsführer der DAP Lim Kit Siang hatte gerichtliche Schritte gegen diese Vorgehensweise eingeleitet. Der Generalstaatsanwalt hat in diesem Zusammenhang gegen Mahathir, seine Finanzminister Daim Zainuddin und den Minister für öffentliche Arbeiten ein Ermittlungsverfahren wegen Korruption eingeleitet.

Spaltung der UMNO

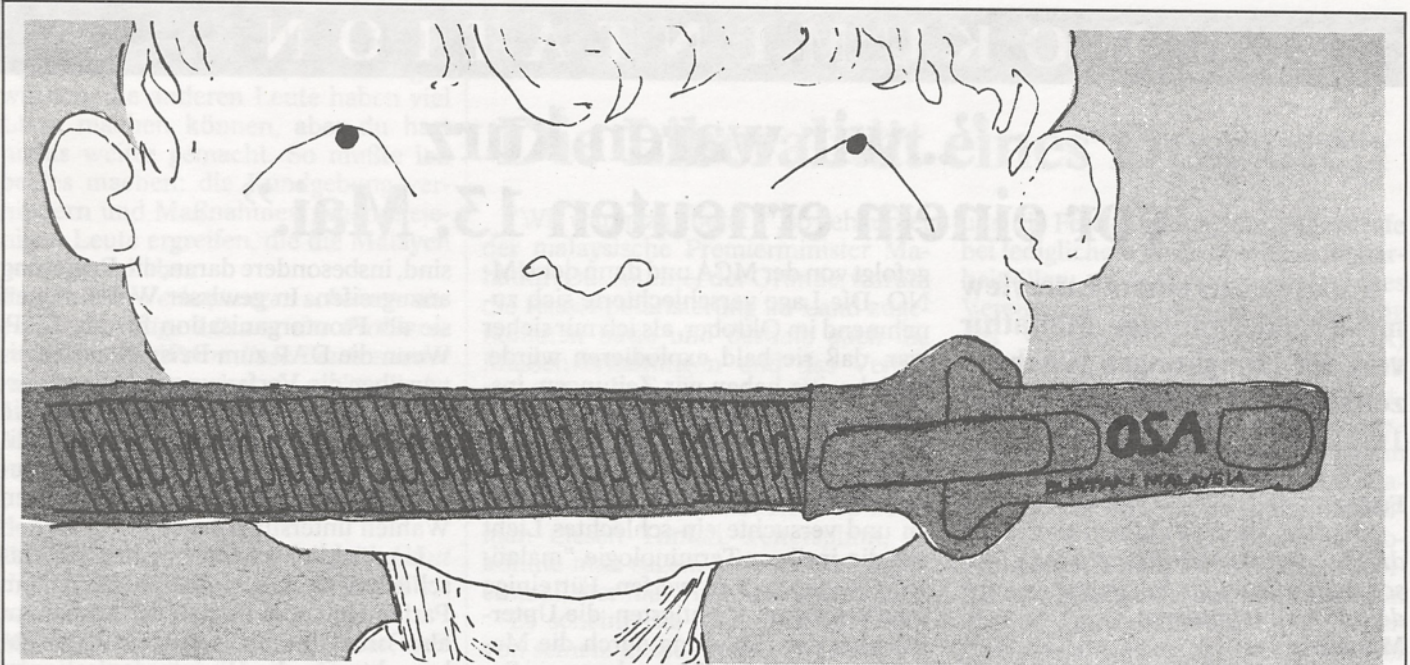
Finanz- und Bauskandale in den letzten Jahren, bei denen es um Korruption und Verluste in Milliardenhöhe geht und eine Rezession seit 1985/86, die nur noch ein Wirtschaftswachstum von 2% in diesem Jahr und eine Arbeitslosigkeit von 10-13% erwarten läßt, hat zu einer tiefgreifenden Spaltung der malaiischen Regierungspartei UMNO geführt. Premierminister Mahathir zusammen mit seinem früheren Stellvertreter Musa Hitam waren einst das erfolgreiche Duo der Regierung, das scheinbar erfolgreich die Interessen der Malayen gegenüber den Nicht-Malayen durchsetzen konnte, ohne dabei letztere allzusehr in die Ecke zu drängen.

Bereits Anfang 1986 zerbrach diese Zusammenarbeit durch den plötzlichen Rücktritt Musa Hitams aus dem Kabi-



Die zwei Gruppierungen in der UMNO, links: Mahathir und Ghafar, rechts: Razaleigh und Musa

nett Mahathirs und machte das Ausmaß der Spannungen innerhalb der UMNO deutlich [vgl. SOAI 1/86 S.31]. Bei den Wahlen zum Präsidenten seiner Partei im April 1987 konnte sich Mahathir nur knapp behaupten. Diesen Wahlen war ein ungewöhnlich harter Wahlkampf innerhalb der Partei vorausgegangen, bei denen sich 2 Blöcke bildeten. Der unterlegene Herausforderer Mahathirs,



aus: "Aliran Monthly" 6/87

der ehemalige Minister für Handel und Industrie Tengku Razaleigh Hamzah, wurde von Musa Hitam unterstützt. Er wie auch seine Anhänger verloren nach der Wahlniederlage innerhalb der Partei auch ihre Kabinetts- und Regierungsposten. 11 Anhänger Razaleighs griffen Unregelmäßigkeiten bei der Delegiertenwahl zum Parteitag auf, um die Wahlen anzufechten. Dieser Konflikt soll nun von Gerichten geklärt werden, nachdem er nicht innerhalb der Partei gelöst werden konnte. Damit könnte die Wahl Mahathirs zum Präsidenten der UMNO für ungültig erklärt und Neuwahlen notwendig werden.

Die Nicht-Regierungsorganisationen

Während auf der Regierungs- und Parteiebene um Rassen- und Wirtschaftsinteressen gefeilscht, taktiert und vertuscht wird, haben sich in den letzten Jahren Organisationen außerhalb des Parteienspektrums entwickelt, die zunehmend ihre Kritiken an der Regierungspolitik sowie an einzelnen Problemen zum Ausdruck bringen und die Bevölkerung zum gemäßigten Widerstand mobilisieren. So haben Umweltschutzorganisationen wie Environmental Protection Society Malaysia (EPSM) und Sahabat Alam Malaysia (SAM Freunde der Erde Malaysia) [vgl. SOAI 2/86, S.31ff] beispielsweise Bürgerinitiativen gegen die beabsichtigte Lagerung von radioaktivem Müll durch eine japanische Firma unterstützt. Das Perak Anti-Radioactiv Committee (PARC) hatte zuletzt in Bukit Merah bei Ipoh große öffentliche Protestaktionen durchgeführt [vgl. SOAI 4/86 S.44] und eine Reihe von Klagen vor Gericht angestrengt, die ein Verbot der weiteren Produktion radioaktiver Stoffe erwir-

ken sollen. Außerdem haben sie immer wieder die Vernichtung des tropischen Regenwaldes in Sarawak und Sabah durch Abholzung und den geplanten Bau eines Riesenstaudamms kritisiert [vgl. SOAI 1/86, S.28] und Aktionen der betroffenen Bewohner, wie zuletzt der Punans unterstützt.

Der sozialen Reformbewegung Aliran ist es in den letzten Jahren gelungen, viele Mittelstands-Malaysier aller ethnischen Gruppen zum kritischen Überdenken der Regierungs- und Rassenpolitik zu bewegen und Ansätze einer Zusammenarbeit von Organisationen verschiedener ethnischer, sozialer und inhaltlicher Orientierung zu wichtigen Problemen des Landes zu erreichen [vgl. SOAI 1/85 S.24ff, 2/85 S.27, 3/85 S.32f, 4/85 S.31f, 1/86 S.27f, 1/87 S.64]. Weitere Nicht-Regierungs- und kirchliche Organisationen greifen die sozialen Probleme der Bevölkerung in konkreten Projekten oder kritischen Analysen auf. Selbst der zeitweilig sehr regierungskonforme gewerkschaftliche Dachverband MTUC ist immer weniger zurückhaltend mit seinen Kritiken an der Regierung.

Verschärfte Gesetze

Die Verschärfung des Vereinsgesetzes zur besseren Kontrolle von Nicht-Regierungsorganisationen und des Geheimhaltungsgesetzes zur Behinderung der Presseberichterstattung über Regierung und Verwaltung [vgl. SOAI 4/86 S.42] in den letzten Jahren waren die ersten Schritte zur Knebelung. Massive Warnungen richtete Mahathir an bestimmte Nicht-Regierungsorganisationen und Parteien, indem er sie als Organisationen bezeichnete, aus denen heraus sich Stadtguerilla wie die Bader Meinhoff Gruppe in der BRD oder die

Roten Brigaden in Italien entwickeln könnten [vgl. SOAI 1/87 S.64].

Nicht so sehr die Rassenpolarisierung sondern die Schwächung seiner politischen Position innerhalb der eigenen Partei bewegte wohl Mahathir zu solch einer dramatischen Flucht nach vorn. Er glaubt "Stärke" zeigen zu müssen, gegenüber den chinesischen Parteien innerhalb der Regierungskoalition, gegenüber den Oppositionsparteien, gegenüber Nicht-Regierungsorganisationen, gegenüber den öffentlichen Medien, gegenüber den Mitgliedern seiner eigenen Partei. Letztere, so mußte er befürchten, hätten eine Großkundgebung am 1.11. auch gegen ihn ausnutzen können. Aus all diesen so unterschiedlichen Lagern kommen die 106 Inhaftierten. Das Gesetz zur Inneren Sicherheit ISA ursprünglich zur Bekämpfung von kommunistischen Untergrundorganisationen eingeführt - erleichtert ihm ein solches, durchaus verfassungsgemäßes Vorgehen. Nicht zum ersten mal "half" dieses Gesetz den Regierenden zur "Lösung" politischer Probleme.

Die Reaktion der Börse auf die Ereignisse ist unterschiedlich sowie die Kommentare dazu: Fiel am 28.10. der Börsenindex in Kuala Lumpur noch um 11,3%, was das Angesehene in Hongkong erscheinende Asian Wall Street Journal als "scheue Reaktion der Investoren auf die Polizeiaktionen" interpretierte, so berichtete der Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung aus Singapur am 29.10. von "einer deutlichen Verbesserung des malaysischen Aktienmarktes in Kuala Lumpur, der offensichtlich über Ministerpräsident Mahathirs autoritäres Vorgehen erfreut recht stark schloss".